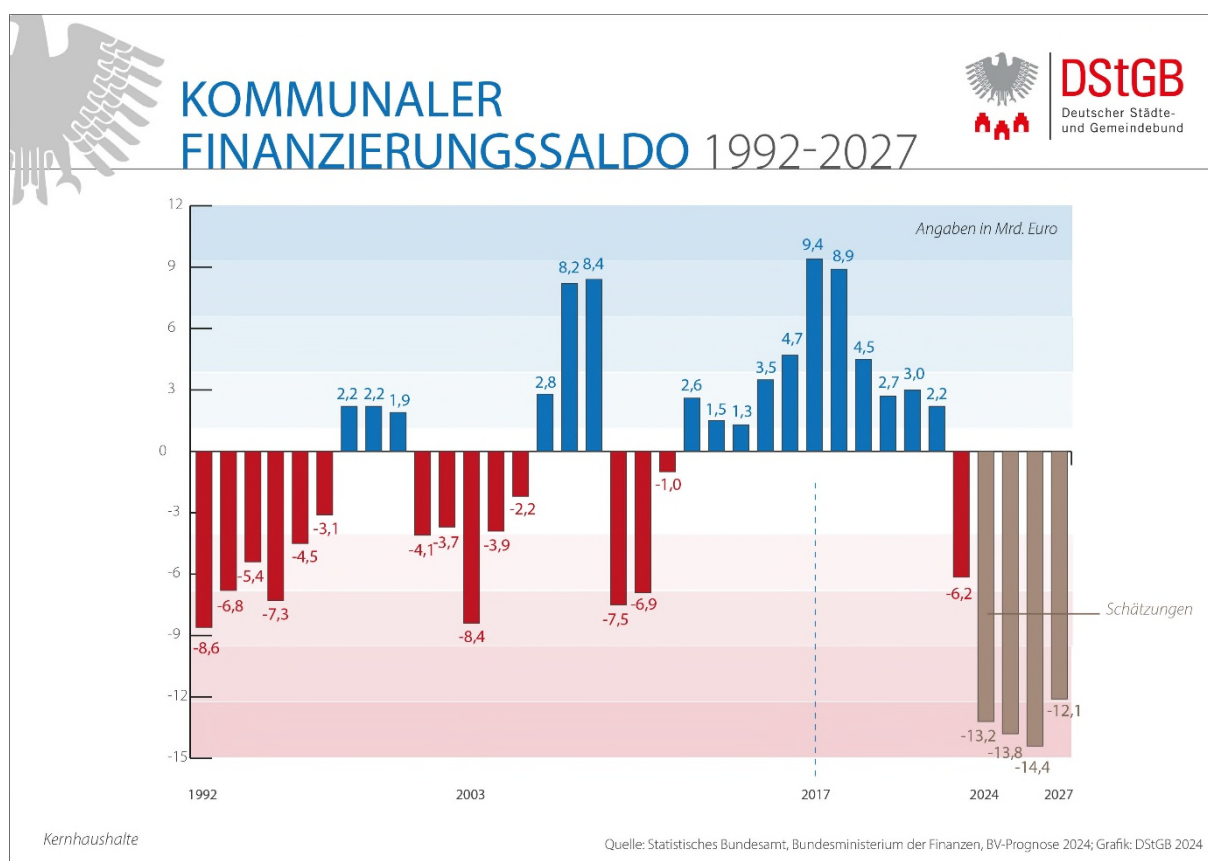


Kommunen droht Rekorddefizit - Prognose der kommunalen Spitzenverbände

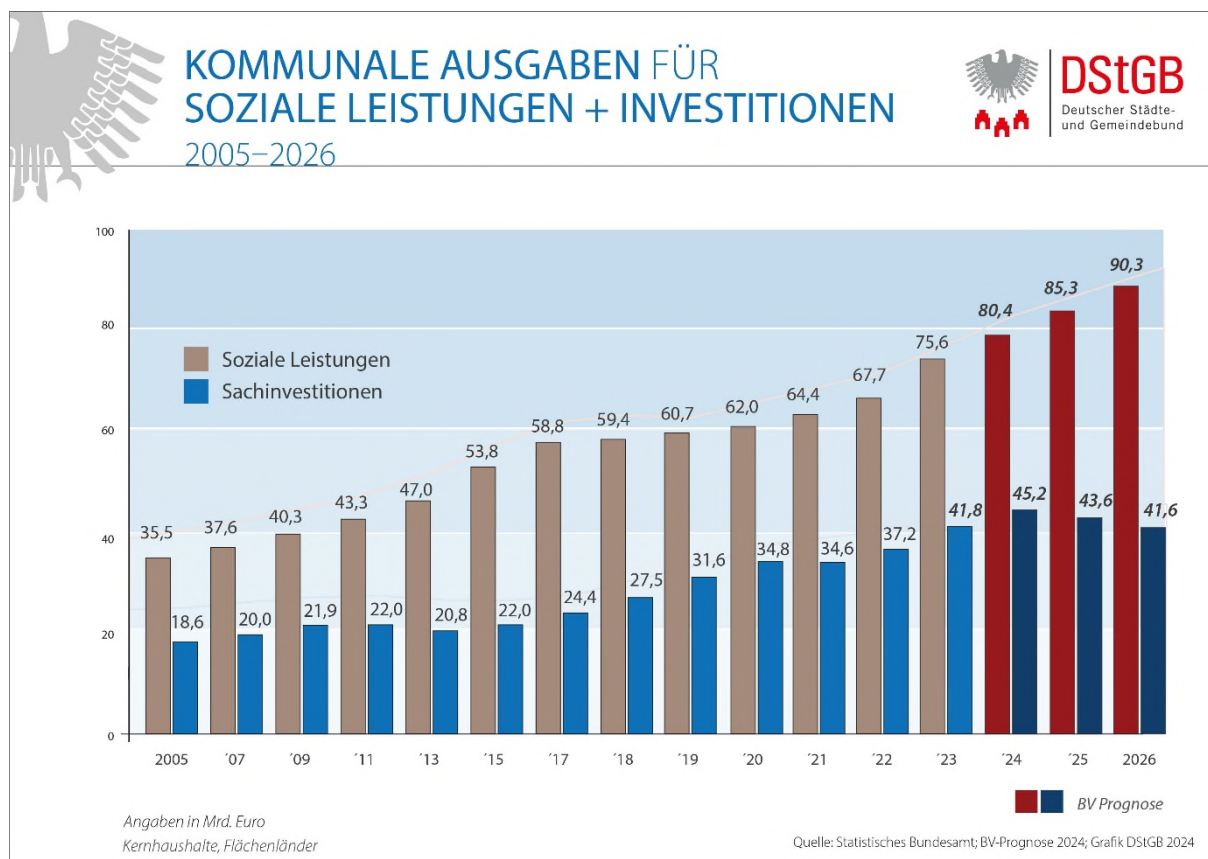
Die aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände zur Entwicklung der Kommunalfinanzen vom 04.07.2024 zeigt die strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden deutlich auf.

Danach verschlechtert sich die finanzielle Lage der Kommunen rapide und läuft auf eine bislang nicht gekannte Defizithöhe zu. Im vergangenen Jahr mussten die kommunalen Haushalte bereits eine Verschlechterung ihrer Finanzlage um 8 Mrd. Euro und ein Defizit von -6,2 Mrd. Euro hinnehmen. Im laufenden Jahr verdoppelt sich das Defizit voraussichtlich auf eine Rekordhöhe von -13,2 Mrd. Euro. Auch in den Folgejahren wird das Defizit auf einem ähnlichen Niveau verharren.



Die strukturelle Unterfinanzierung resultiert vornehmlich aus den weiterhin förmlich explodierenden Ausgaben insbesondere infolge von Inflation, steigenden Fallzahlen und allgemein aufwachsenden Kosten im Sozialbereich sowie dem historisch hohen Tarifabschluss. Allein in diesem Jahr ist bei den Personalausgaben mit einem Plus von 7,8 Prozent zu rechnen (auf 87,2 Mrd. Euro). Beim Sachaufwand wie den Ausgaben für soziale Leistungen sind die prozentualen Anstiege mit 3,9 Prozent (2023 +8,2 Prozent) respektive +6,4 Prozent (2023 +11,7

Prozent) zwar rückläufig, aber immer noch deutlich höher als die Entwicklung auf der Einnahmeseite, wo in diesem Jahr voraussichtlich ein Plus von 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stehen wird. In Anbetracht der schwierigen kommunalen Haushaltslage werden die Sachinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich letztmalig auf 45,2 Mrd. Euro (+8,1 Prozent) ansteigen. Während die Sozialausgaben bis zum Ende des Prognosezeitraums 2027 weiter dynamisch auf dann 95,5 Mrd. Euro aufwachsen werden, steht bei den kommunalen Investitionen ein Rückgang auf 38,2 Mrd. Euro zu befürchten.



Anmerkung:

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden spitzt sich weiter zu. Zwar steigen die Einnahmen weiter, doch können diese längst nicht mehr mit der Ausgabendynamik mithalten. Die Kommunalfinanzen befinden sich in einer dauerhaften Schieflage. Da die Ausgabenseite von den Kommunen kaum beeinflussbar ist, braucht es dringend einen größeren Anteil am Aufkommen der Gemeinschaftssteuern. Außerdem muss endlich Schluss damit sein, dass Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer mehr ausweiten, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Die Kommunen wollen vor Ort gestalten, mit Haushalten im Defizit kann an vielen Stellen aber nur noch der Mangel verwaltet werden. Neue Investitionen können unter diesen Vorzeichen praktisch nicht mehr beschlossen werden. Vielmehr ist ab dem Jahr 2025 mit einem immer stärkeren Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Es ist offensichtlich, dass die Kommunen in den kommenden Jahren bei weitem nicht so in Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie- oder Verkehrswende investieren können, wie es notwendig wäre. Und auch die bestehende Infrastruktur werden die Kommunen unter diesen

Vorzeichen kaum instand halten können. Der heute schon besorgniserregende kommunale Investitionsrückstand von 186 Mrd. Euro wird weiter anwachsen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zunehmend.

Die düstere Entwicklung der Kommunalfinanzen zeigt sich im Übrigen bereits bei den diesjährigen Quartalszahlen. Das Minus der Kern- und Extrahaushalte lag nach den ersten drei Monaten des Jahres bei -13,9 Mrd. Euro. Im Vorjahreszeitraum waren es „nur“ -7,7 Mrd. Euro. Der negative Finanzierungssaldo geht dabei weitestgehend allein auf die Kernhaushalte zurück, die bei -13,4 Mrd. Euro stehen. Mit Ausnahme des Saarlandes hat sich der kommunale Finanzierungssaldo in allen Ländern verschlechtert, was statistisch vor allem auf enorme Steigerungen bei den Ausgaben, in allen Bereichen, zurückzuführen ist (+11,9 Prozent Prozent).

Die gemeinsame Pressemitteilung der kommunalen Spitzenverbände sowie die Tabelle zu den Einnahmen und Ausgaben der Kommunen sind als Anlage diesem Beitrag beigelegt.

jl-ru